Mittag-Ausgabe.

Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 338.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 15. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 13. Mai. Der Kaiser hat bestimmt, daß die Ministerial-Räthe im Ministerium für Elsaß-Lothringen, Schollenbruch und Dr. Baumeister, sowie der ständige Hilfsarbeiter in demselben Ministerium, Regierungs- und Schulrath Berlage mit dem Tage des Inslebentretens des Ober-Schulraths einstweilig in den Ruhestand versetzt werden.

Der Kaiser hat den Ministerial-Rath im Ministerium für Elsaß-Lothringen Richter, unter Belassung in diesem Amte, zum kaiserlichen Direktor des Ober-Schulraths für Elsaß-Lothringen; sowie den bisherigen Ministerial-Rath Schollenbruch und den bisherigen Regierungs- und Schulrath Berlage zu kaiserlichen Ober-Schulräthen in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen ernannt.

Den Oberlehrern an der Königstädtischen Realschule zu Berlin Dr. Steuer und Dr. Bellermann ist das Prädikat Professor beigelegt worden.

Versetzt sind: der Amtsgerichts-Rath Hannemann in Münsterberg an das Amtsgericht in Hirschberg, der Amtsgerichts-Rath Kammler in Waldenburg an das Amtsgericht in Glatz, der Amtsrichter von Schilgen in Bitterfeld an das Amtsgericht in Attendorn, der Amtsrichter Rodmann in Labiau an das Amtsgericht in Memel und der Amtsrichter Seelig in Strasburg Westpr. an das Amtsgericht in Neidenburg. Dem Amtsgerichts-Rath Pfleffer in Görlitz ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Der Amtsrichter Miernicki in Strelno ist in Folge seiner Zulassung zur Rechtsanwaltschaft aus dem Justizdienst entlassen.

Der Grubendirektor Ruppel und der Fabrikbesitzer Schücking in Bochum sind zu Mitgliedern, der Bankier Korte und der Grubendirektor Frielinghaus in Bochum zu stellvertretenden Mitgliedern der Kammer für Handelssachen in Bochum ernannt.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht: der Rechtsanwalt, Geheime Justiz-Rath Lautz bei dem Oberlandesgericht in Köln, der Rechtsanwalt Dr. Speyer bei dem Oberlandesgericht in Frankfurt a. M., der Rechtsanwalt Kundt in Glatz bei dem Landgericht in Glatz und der Rechtsanwalt Sondag bei dem Landgericht und dem Amtsgericht in Elberfeld und der Kammer für Handelssachen in Barmen. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechtsanwalt, Justiz-Rath Düesberg, der Rechtsanwalt Köchling, der Rechtsanwalt, Justiz-Rath Marckhoff, der Rechtsanwalt Sutro, der Rechtsanwalt Varnhagen und der Rechtsanwalt Weyland, sämmtlich in Bochum, bei der Kammer für Handelssachen in Bochum, der frühere Advokat Brefeld bei dem Landgericht in Trier, der Gerichtsassessor Kallmann bei dem Amtsgericht in Neusalz a. O., der Gerichtsassessor Kruppe bei dem Amtsgericht in Nimptsch, der Gerichtsassessor Warmbrunn bei dem Landgericht in Neisse, der Gerichtsassessor Dr. Wätcke bei dem Landgericht in Altona und der bisherige Gerichtsschreiber, Gerichtsassessor Dr. Harmening in Jena bei dem gemeinschaftlichen thüringischen Ober-Landesgericht in Jena.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung.

Berlin, 13. Mai. 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: v. Bötticher, Scholz, v. Mayr u. A.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend das Reichstabaksmonopol, wird fortgesetzt.

Abg. Sander: Nachdem der Herr Schatzsekretär gestern dem Monopol eine Grabrede gehalten hat, halte ich es als Badenser, dessen Land vom Monopol am Schwersten getroffen würde, für meine Pflicht, gegen seine Einführung zu sprechen. Es würde zunächst den Konsum vermindern. Wer die Schwierigkeit kennt, den Konsumenten dauernd zu befriedigen, wird zugeben, daß jede Aenderung an der bisherigen Gewohnheit eine Rückwirkung auf den Tabaksverbrauch ausüben muß. Die Erträge aus dem Monopol würden also die erhoffte Höhe nicht erreichen. Warum zieht man da nicht lieber den Schnaps heran? Diejenigen, welche Schnaps fabriziren, sollen vor denen, welche Tabak fabriziren, nichts voraus haben. Zur Steuerreform bedürfen wir das Monopol überhaupt nicht. Warten wir doch den Ertrag der bestehenden Tabaksteuer ab. Wenn der Staat den ganzen Gewinn aus dem Tabak an sich ziehen will, wenn er eifersüchtig ist auf den Gewinn seiner Bürger, so schmeckt das nach Sozialismus. Besser ist es da noch, wenn der Gewinn des Einzelnen der Allgemeinheit gehört, als wenn der Staat alles an sich zieht und seine Bürger hindert, ein Gewerbe weiter zu betreiben. Die in den Motiven ausgesprochene Hoffnung, daß der Tabaksexport in der althergebrachten Weise weiter bestehen werde, beweist große Unkenntniß der Verhältnisse. Was wird denn exportirt? England, welches keinen Tabaksbau hat und nur einen hohen Zoll erhebt, ist so praktisch, die werthlosen, aber schwerwiegenden Rippen nicht mitzuversteuern. Will man nach England exportiren, so muß man den Tabak entrippen; das ist aber nach der Vorlage verboten. Man kann also in Zukunft nicht mehr exportiren. Man beruft sich immer auf die guten Erfolge Frankreichs. Warum hat es denn aber nicht das Monopol in Algier eingeführt? Der Schaden für die Arbeiter läßt sich jetzt noch garnicht übersehen. Man hätte doch wenigstens die Resultate der aufzunehmenden Berufsstatistik abwarten sollen. Die Entschädigung wird dem Arbeiter wenig nützen, denn bis er es zu etwas anderem gebracht, ist jene Summe längst verbraucht. Findet er aber wirklich anderweitige Beschäftigung, so macht er den andern Arbeitern Konkurrenz und drückt die Löhne herab. Deshalb wird der größte Theil einfach auswandern, für uns ein großer Arbeits-, Werth- und Kapitalverlust. Nach Herrn von Minnigerode würde das Monopol der Verwilderung der Zigarrenarbeiter entgegenwirken: dagegen muß ich im Namen meiner Tabaksarbeiter protestiren, die so gut sind wie alle anderen Arbeiter. Der Ertrag des Monopols wird ferner durch die Zunahme des Schmuggels erheblich gefährdet. Die Berechnung der Entschädigung kann nicht vernichtender verurtheilt werden als von den Motiven selbst. Dort heißt es die Berechnung beruhe nur auf einer annähernden Schätzung. Eine genauere Veranschlagung sei nur möglich auf Grund zuverlässiger Grundlagen, welche nicht oder sehr schwer festzustellen seien. Wunderbarer Weise wird dann aber später gesagt, es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß die und die Entschädigung zu zahlen sein wird. Die Vorlage ist einfach unannehmbar und eine Kommissionsberathung überflüssig; weiteres zuverlässiges Material haben wir dort nicht zu erwarten, es wird eben Behauptung gegen Behauptung stehen.

Abg. v. Wöllwarth: Mir und den Freunden einer höheren Tabaksteuer wäre es lieber gewesen, wenn die Vorlage in dieser Sturm- und Drangperiode uns noch nicht gebracht wäre. Aber sie gewährt den Vortheil, daß Freund und Feind weiß, was anzugreifen und zu vertheidigen ist. Wir haben den großen Vortheil zu konstatiren, daß die innere Nothwendigkeit früher oder später das Monopol bringen wird und bringen muß. Hand aufs Herz! Sie wissen, daß, wenn einer von den 50 oder 60 Monopolfreunden mit Engelzungen geredet hätte, das Resultat ganz dasselbe gewesen wäre. Warum also solch ein Aufwand, um offene Thüren einzustoßen? Weil die Meisten von Ihnen im Innern fühlen, daß das Monopol kommen wird, weil es kommen muß. (Heiterkeit.) In der Presse heißt es, es sei der böse Reichskanzler, der keine Ruhe gäbe und das Monopol haben wolle, er habe auch Würtemberg dazu bewogen. Nicht wir Würtemberger gehen im Gefolge des Reichskanzlers, sondern der Reichskanzler geht im Gefolge Würtembergs. Wir haben zuerst das Monopol gewollt. (Heiterkeit.) Uns haben die Tabaksbauer gesagt: warum sinnen die Herren auf eine neue Steuer und denken nicht daran, den Tabak zu besteuern? Erst müßte der Luxus besteuert werden. Wer diese Steuer nicht will, der sollte das Rauchen lassen. Es wäre ungerecht, wenn Salz und Zucker einen viel größeren Steuerertrag liefern sollte, als Tabak. Es ist ungerecht, daß z. B. in Würtemberg das Malz 3,85 Mark Steuern zahlt, während der Tabak bis jetzt nur 55 Pf. zahlt. Der Branntwein zahlt jetzt schon 1,32 Mark, ich biete aber gern die Hand dazu, ihn noch höher zu besteuern. Bayern zahlt 32 Millionen für Malzsteuer, viel mehr als der Tabak im ganzen Reich bis jetzt gebracht hat. Ich gehöre nicht zu denen, welche das Bier für ein nothwendiges Nahrungsmittel halten, aber es ist doch eher ein solches als der Tabak. Eine höhere Tabaksteuer hätte auch den Vortheil, daß jeder Fremde bei uns dieselbe trüge, wie wir es anderwärts auch thun müssen. Eine Fabrikatsteuer würde das Monopol der Großindustrie geben, sie würde die Kleinindustrie zu Grunde richten, ohne ihr eine Entschädigung zu gewähren. Wenn das Monopol den Einheitsstaat mit sich brächte, so würde die würtembergische Regierung gegen dasselbe gestimmt haben. Der Entwurf befriedigt mich freilich nicht ganz. Wenn man hohe Erträge aus dem Monopol haben will, so muß man die Preise der Cigarren höher stellen, um nicht in späteren Jahren gezwungen zu sein mit den Preisen höher zu gehen. Als Entschädigung möchte ich lieber 50 Millionen zu viel als 1 Million zu wenig den Tabaksinteressenten zahlen. Wenn man aber das Monopol als einen Eingriff in das Privateigenthum bezeichnet hat, so frage ich, wie viele Eingriffe sind in diesem Jahrhundert geschehen, bei denen es sich um ganz andere Summen handelte als hier? Welche Umwälzungen haben nicht die Eisenbahnen herbeigeführt? In meiner Heimath befand sich ein Gasthof, der bestimmt war, die Fuhrleute aufzunehmen. Mit dem ersten Zuge hörte der Verkehr so gut wie ganz auf. Mit der Einführung des Petroleums war der Rapsbau unrentabel geworden. Durch die Baumwolle sind die Schafhalter schwer geschädigt worden. Die Fabriken haben den Handwerker um sein Brod gebracht, und Niemand dachte an Entschädigung. Unsere Bauern sind für das Monopol. Wie sind sie nicht früher „eingesackt" worden! Es kommt der Händler, sieht das Tabaksfeld an und bietet 28—30 Mk. pro Zentner. Nach einigen Wochen kommt ein reeller Käufer und bietet 22 Mark. Der Bauer wirft ihn zur Thür hinaus. Schließlich kommt der Händler wieder und sagt: der Tabak ist nicht so ausgefallen wie ich glaubte und bietet schließlich 18—20 Mark! Das wird mit der Einführung des Monopols anders werden. Mein verehrter Doppelkollege Mayer hat dem Militärstaat eins ans Bein gegeben. Es weiß doch allmählich jedes verständige Kind in Deutschland, daß wir nur so lange Frieden haben, so lange unser Schwert stark ist. Die sämmtlichen Wähler des Hern Mayer werden sich lieber dem Schwert unseres hochverehrten Generalfeldmarschalls Graf Moltke anvertrauen, als dem Schwerte, das Karl Mayer führt. Er fragt, wie der Beschluß der würtembergischen Kammer für das Monopol zu Stande gekommen ist, Ich will es ihm sagen. Wir befinden uns in Würtemberg in einer solchen finanziellen Bedrängniß, daß die Finanzkommission nur in dem Monopol einen Ausweg erblickte. Diese Frage wird nicht eher von der Bildfläche verschwinden, als bis der Tabak im System der indirekten Steuern im Verhältniß zum Bier und Salz die ihm gebührende Stelle einnimmt. (Beifall rechts.)

Abg. v. Göler (konservativ) würde, wenn er heute definitiv abstimmen müßte, gegen die Vorlage stimmen, weil sie den Volkswohlstand schädigt und gegen die Grundlagen der Volkswirthschaft verstößt. Redner und die Gruppe seiner Freunde glauben nicht, daß gerade diese Besteuerungsform angewendet werden müsse, um für das Reich neue Einnahmequellen zu erschließen. Die Art, wie man die Agitation gegen das Monopol in Szene gesetzt, war wenig erbaulich; und unzutreffend sei es, die Monopolfrage auf das Gebiet der Politik hinüberzuspielen. Alle sind dem Gründer des Reichs zu Dank verpflichtet für sein Bestreben, das Reich zu kräftigen und nach Möglichkeit zu einem einheitlichen Ganzen zu gestalten. Wenn wir fortfahren, solche Fragen von einseitig politischem Parteistandpunkte aus zu beurtheilen, statt von nationalem, so werden wir die Volksvertretung schließlich ruiniren. Das ganze Heer von Gründen gegen das Monopol ist ein sehr buntes, die einzelnen Gründe sind hinsichtlich ihrer Berechtigung von sehr verschiedenem Werthe. Es konnte nicht schwer halten, von den Tabaksbauern und Agenten zahlreiche Petitionen zu bekommen gegen das Monopol, da diese Leute sich in ihrem Erwerbe auf das Schwerste gefährdet sehen; andere Tabaksinteressenten, die über unreelle Behandlung klagen, hatten vielleicht die Hoffnung, bei dem Monopol besser wegzukommen. Soviel ist sicher, der Tabaksbau müßte beim Monopol ganz wesentlich eingeschränkt werden. Nach den Motiven der Vorlage würden im Falle des Monopols etwa 800,000 Ztr. Tabak verarbeitet werden, während heute mehr als das Doppelte gebraucht wird. Es wäre sehr bedenklich, eine so blühende Industrie einfach todt zuschlagen, viele Arbeiter brotlos zu machen und die Haus-Industrie ganz zu beseitigen; will man das Proletariat noch vergrößern und neue Gefahren hervorrufen? Es muß unsere Aufgabe sein, alle Lebensstellungen gleich gesund zu erhalten, das Groß-Kapital und den Großgrund-Besitz wie den Arbeiter. Reist man heute in Gegenden, wo die Tabaks-Industrie blüht, zum Beispiel in Baden, so findet man anmuthige Orte, mit hübschen öffentlichen Gebäuden, freundlichen Wohnhäusern und Gärten; das sind die Resultate der heutigen Tabaks- und besonders der Haus-Industrie, bei der schon den Kindern Gelegenheit zum Erwerbe gegeben wird. Das sehe man sich an und dann komme man wieder her und stimme gegen das Monopol! (Sehr richtig!) Wenn Würtemberg für, Baden aber gegen das Monopol ist, so erklärt sich dies daraus, daß Würtemberg bedeutend mehr Nutzen von dem Monopol habe wie Baden. Um den Bedürfnissen des Reiches zu genügen, ist diese eigenartige Form der Besteuerung nicht nöthig; ein sehr geeignetes Steuerobjekt ist der Schnaps (Sehr richtig! links) und über die Modalitäten der Besteuerung wird sich eine Einigung schon erzielen lassen. Für die Herren links empfiehlt es sich vielleicht, die Börsensteuer in Erwägung zu ziehen. (Sehr richtig! und Heiterkeit rechts.) Jedenfalls wird man bei einer weiteren Besteuerung des Tabaks mit großer Vorsicht zu Werke gehen müssen, namentlich ist eine einseitige Erhöhung der Gewichtsteuer bedenklich, vielleicht empfiehlt es sich, wenn einmal der Tabak noch stärker herangezogen werden soll, an eine geschickte Kombination von Gewicht- und Fabrikat-Steuer zu denken. Ein solcher Besteuerungsmodus empfiehlt sich umsomehr, als die jetzigen Kontrol-Maßregeln für denselben mit ausreichen würden, und der Ertrag einer so kombinirten Steuer würde nach ungefährer Schätzung den vom Monopol erhofften Reinertrag ziemlich erreichen; in solcher Form könnten wir die Steuerhöhung bewilligen, in der Form des Monopols nicht. Vor allen Dingen sind hier die Interessen des kleinen Mannes zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Barth: Die Art und Weise, wie die ganze Vorlage zu Stande gekommen ist und sich gestaltet hat, macht den Eindruck, als wolle sie nicht sowohl die Sachkundigen, sondern die Unkundigen kaptiviren. Herr v. Mayr lieferte vor zwei Tagen einen Beitrag in dieser Richtung, indem er aus einem Aktenstück der Tabaks-Enquete-Kommission ein Citat vortrug, das vollständig falsch ist. (Hört! Hört!) Er bezog sich auf einen Bericht Nebelthau's aus Bremen und setzte im Anschluß an das Citat auseinander, wie der Bremische Tabakshandel entstanden sei, nämlich „aus dem Export von Menschen", offenbar, um damit jenem einen Makel anzuheften. In recht charakteristischer Weise habe Hr. N. gesagt: „in Folge dieses erfreulichen Verhältnisses, daß da immer viele Menschen exportirt werden könnten und viel Tabak herübergeführt werden könnte, hat sich inzwischen die Kapitalansammlung in Bremen in günstiger Weise entwickelt." „Erfreuliches Verhältniß", etwa so, als wenn man sagen wollte, in Folge des erfreulichen Verhältnisses, daß alle Jahr sehr viele Menschen sterben, hat sich die Kapitalansammlung bei den Aerzten in hervorragender Weise entwickelt. Auch den gehässigen Ausdruck, daß viele Menschen exportirt werden, konnte ein so gebildeter Mann wie Herr N. nicht gebraucht haben. In dem Aktenstück selbst steht nun Folgendes: Seit etwa 50 Jahren habe sich die Auswanderung entwickelt, welche die Bremer über ihren Hafen geleitet, und der sie ihre Schiffe zur Verfügung gestellt. Der Umstand, daß die Schiffe dann eine Rückfracht hatten, ohne große Frachtkosten nehmen zu müssen, hätte sehr günstig auf die Entwickelung des Tabakshandels eingewirkt u. s. w. Inzwischen habe sich die Kapitalansammlung in Bremen in günstiger Weise entwickelt. Kein Schimmer von dem, was Herrn N. hier in den Mund gelegt ist, — selbstverständlich liegt es mir ganz fern, zu behaupten, daß diese Aeußerung auf einer illoyalen Denkweise beruht, aber wer so zitirt, drückt sich über thatsächliche Verhältnisse nicht gerade sehr objektiv aus. (Sehr wahr! links.) Aber auch in dem Entwurf, besonders in der Denkschrift, sowohl in der, die dem Bundesrath vorlag, wie auch in der jetzt vorliegenden resp. den Motiven wird nicht in so krasser, aber doch ganz ähnlicher Weise eine Schattirung der thatsächlichen Verhältnisse gegeben, die in einem ernsten Aktenstück nicht vorkommen sollte. Dem Verfasser der Denkschrift lag natürlich daran, die Enquete-Kommission, die ihm in ihrem Resultat sehr unbequem sein muß, mit dieser Arbeit möglichst zu diskreditiren. Ein im Schoße jener Kommission vorgekommener, von ihr selbst berichtigter Irrthum wird in der Denkschrift als das Schlußresultat der Kommission thatsächlich beeinflussend dargestellt. Sodann werden die Arbeiten der Reichsstatistik so benutzt, als habe das Monopol an ihr einen Bundesgenossen. Aber das statistische Amt hat seine Ausführungen nur zu dem Zweck gemacht, um zu konstatiren, daß ihre eigenen auf anderem Wege gefundenen Resultate geradezu vollständig übereinstimmen mit denen der Enquete-Kommission. Sodann werden in der Denkschrift Zahlen mit einander verglichen, die nicht vergleichbar sind, der Fabrikatswerth und der höhere Preis im Detailverkauf. — Die parlamentarische Enquete, die in Frankreich 1875 veranstaltet wurde, warf auf die Wohlthaten des Monopols ein ganz eigenartiges Licht, sowohl was das Fabrikat, als die Lage des Tabaksbaues und des Arbeiters betrifft. Nun sagt man, bei uns seien nicht französische Zustände, hier handelte es sich um eine deutsch-nationale Regie. Aber die unsrige würde sicher wesentlich schlechter sein als die französische, welche die Erfahrung mehrerer Jahrzente für sich hat. Ein übermäßiger Glaube an die Herrlichkeit des Monopols existirt aber auch in Frankreich nicht. Man hält uns nun entgegen, der Konsument merke von der Preiserhöhung gar nichts; aber gerade dieser Umstand hat mich vollständig überzeugt, daß wir es mit einer ganz unhaltbaren Theorie zu thun haben. Unsere jetzige Wirthschaftspolitik glaubt mit einer schönen Formel die wirthschaftlichen Dinge zwingen zu können. Freilich besteht auch in Frankreich und Oesterreich das Monopol, ohne daß diese Staaten zum Sozialismus übergegangen wären. Aber hier perhorresciren wir vor Allem die Art der Einführung des Monopols und die Motive, die ihm zu Grunde liegen. Die offiziöse Interpretation hat uns die Hauptstärke der Vorlage auseinandergesetzt: das Monopol sei gar keine Steuer, die der Konsument bezahlen soll, sondern eine einfache Expropriation. Ja die „Provinzial-Korrespondenz" erklärte es sogar für bisher hinterzogenes soziales Eigenthum, das der Staat jetzt reklamire. Daß man überhaupt noch eine Entschädigung zahlt — ja das geschieht nur aus gutem Herzen, weil man auch hierin das praktische Christenthum gelten lassen will. Meine Herren, ich will Sie nur noch im Auftrage meines Freundes v. Stauffenberg auf einen Irrthum aufmerksam machen, den er in seiner gestrigen Rede vorgebracht hat: Bei den französischen und österreichischen Verhältnissen handelt es sich nicht um einfache Zentner, wie er sagte, sondern um metrische. Dies wollte ich seinem Wunsche gemäß hier berichtigen. Der § 71 handelt von den Verhältnissen der Zollausschlüsse zu dem Monopol und es ist auseinandergesetzt worden, daß wenn der Zollanschluß von Hamburg perfekt würde, also nach etwa 6 Jahren, auf der Basis der hier in der Vorlage in Aussicht genommenen Entschädigungen auch die Zollausschlüsse, insbesondere Hamburg entschädigt werden sollen. Der Handel, den jetzt die Zollausschlüsse mit dem Zollinlande haben, hört mit der Einführung der Regie sofort auf, es kann im günstigsten Falle nur noch ein Handel mit außerdeutschen Ländern bleiben. Aber auch dieser wird im Laufe der Zeit verkümmern; er ist übrigens nach den jetzigen Entschädigungsvorschlägen vollständig unberücksichtigt. Wir haben also die Thatsache vor uns, daß der Handel, der möglicher Weise noch vorhanden ist, später nicht berücksichtigt wird, während der Handel, der bereits sicher ruinirt ist, zu einer Entschädigung formell berechtigt wäre, aber da er nicht mehr existiren wird, nicht weiter in Berücksich-

tigung gezogen werden kann. Das ist das Entgegenkommen gegen die Zollausschlüsse, von dem bereits mannichfach die Rede war. Man denkt in Bremen nicht so kleinlich, die bremischen Verhältnisse als allein maßgebend für die Beschlüsse des Reichstages anzusehen. Bremen ist viel zu national gesinnt, um einen solchen partikularistischen Standpunkt einzunehmen. Aber man verlangt, daß die großen Interessen, welche bei Einführung des Tabaksmonopols ruinirt würden, wenigstens mit einem einzigen Wort erwähnt würden. Wir sind freilich gewöhnt, den Handel stiefmütterlich behandelt zu sehen, man verlangt auch in unseren Handelsstädten gar keine Hilfe vom Staate und wäre zufrieden gewesen, wenn man uns in Ruhe gelassen hätte. Die ganze Entschädigungsfrage ist viel zu sehr aufgebauscht. Ob die Entschädigung etwas größer oder kleiner ausfällt, das spielt für den Nationalwohlstand eine ganz untergeordnete Rolle. Wenn der Baum, der uns alljährlich Schatten und Früchte bringt, abgehauen wird, dann fragt man wenig, wie viel Werth hat das Brennholz, welches in dem Baume existirt (Hört, hört! links), und deßhalb haben wir keine Veranlassung, uns weiter ernsthaft mit dieser Vorlage zu beschäftigen, die Ueberweisung derselben an eine Kommission ist daher überflüssig. (Sehr richtig! links.)

Unterstaatssekretär v. **Mayr**: Der Abgeordnete Barth hat bemerkt, daß mein Zitat aus der Rede Nebelthau's unrichtig gewesen sei. Ich bin dazu veranlaßt, durch ein typographisches Versehen in dem stenographischen Bericht der Tabaksenquetekommission, wo ein Passus eingedrückt ist, als ob es sich um Worte Nebelthau's handle. Ich habe mich darum beeilt, dem Bureau des Hauses schon vor Beginn der Sitzung eine darauf bezügliche Berichtigung zuzustellen. Der Vorredner hat weiter monirt, daß die Motive dieser Vorlage eine Kritik an dem Bericht der Tabaksenquetekommission ausgeübt und auf die Fehler in demselben hingewiesen haben. Aber er selbst hat in seiner Rede eine falsche Rechnung der Enquetekommission angeführt und so bewiesen, daß die Darstellung der Motive eine richtige ist. Weiter ist von ihm getadelt, daß in den Motiven Bezug genommen ist auf Arbeiten des statistischen Amts. Das ist richtig. Das statistische Amt ist für die Motive ein Bundesgenosse in allen den Punkten, wo es sich um eine Korrektur der Tabaksenquetekommission handelt. Dasselbe besaß vollständigeres Material, das gewissenhaft bearbeitet ergab, daß verschiedene Werthanführungen der Tabaksenquete zu niedrig angegeben seien. Diese Korrekturen sind theilweise in den vorliegenden Motiven verwendet worden. Herr Barth führt uns Ermittelungen der französischen Enquete vor. Aber dieselben sind für uns nicht maßgebend, da wir ein Monopol nach französischem System nicht wollen. Uebrigens hält man in Frankreich ruhig am Monopol fest, trotz der abfälligen Kritik der Enquete, in der auch viel Parteilichkeit ihr Spiel treibt. Die materielle Angriffe des Vorredners machen auf mich den Eindruck, als ob er es beklage, daß nicht jenes Phantom von Monopol gekommen ist, auf das man sich gefreut, um dann mit voller Energie Angriffe auf die Regierung machen zu können. Unsere Vorlage bringt nicht die Belastung des armen Mannes, die Ihnen so erwünscht gewesen wäre, und darum auch die Enttäuschung, die sich in der ganzen Rede des Herrn Barth zu erkennen giebt, und für die Behauptung, daß das Monopol zu einem Ruin des Tabakshandels führe, ist er uns den Beweis schuldig geblieben. Der Abg. Sander hat eine höhere Besteuerung des Schnapses für empfehlenswerth erklärt. In einem Lande, wo es Bier-, Wein- und Schnapstrinker neben einander giebt, läßt sich nicht gut eine einzige Kategorie der geistrigen Getränke herausgreifen und sagen, dies oder jenes Getränk muß höher besteuert werden. Vergleichen wir aber das Verhältniß, in dem die Besteuerung des Tabaks zu der der geistigen Getränke steht, so ergiebt sich nach den statistischen Ermittelungen für das Jahr 1881: Tabakssteuer 79 Pf. pro Kopf, Spirituosensteuer 2,86 Mark. Die letztere ist demnach beinahe dreimal so hoch als die Tabakssteuer. Ganz anders liegen die Verhältnisse in andern Ländern: in Frankreich beträgt die Tabakssteuer pro Kopf 6,9 Mk., Spirituosensteuer 10,12 Mk., in England Tabak 5,1 Mk., Spirituosen 11,7 Mk., in Oesterreich Tabak 4,29, Spirituosen 2,4, in den Vereinigten Staaten Tabak 4,3, Spirituosen 7,6 M. Diese Daten zeigen alle, daß der Versuch, aus dem Tabak eine höhere Steuer zu ziehen, bei uns gerechtfertigt ist, und der Hinweis, daß zuvor die geistigen Getränke herangezogen werden müßten, trifft nicht zu. Auch Rücksichten auf die Sozialdemokraten haben bei der Einbringung der Vorlage nicht vorgewaltet. Sie haben ja auch gehört, daß sich gestern der Vertreter derselben gegen das Monopol erklärte. Theoretische Erwägungen sind überhaupt nicht in Betracht gekommen und die geschichtliche Entwicklung des Tabaksmonopols zeigt, daß dasselbe nur die praktischen Zwecke verfolgt, die in der Vorlage angegeben sind. In der Sicherung eines Minimums und allmälig aufsteigender Sätze der Cigarrenpreise haben Sie die beste Bürgschaft dafür, daß nicht die Konsumenten zu theuren Fabrikaten gezwungen werden. Herr v. Stauffenberg hat die Bemerkungen angegriffen, die ich über Bayern gemacht. Das Monopol ist sich nicht Selbstzweck, sondern will die Mittel schaffen zu der Finanzreform. Die Finanzreform aber schließt auch in sich eine Erleichterung der Kommunallasten. Für Preußen ist das klargelegt in den Motiven des Verwendungsgesetzes und in den Arbeiten Herrfurth's, für Bayern in Ermittelungen, die gar noch nicht publizirt sind, aber zu deren Mittheilung ich vollkommen berechtigt war. Der einheimische Tabaksbau wird allerdings leiden, aber wenn Sie die Lage desselben beurtheilen wollen, dürfen Sie nicht einen Vergleich anstellen zwischen dem Monopol und dem jetzigen Zustand, sondern zwischen dem Monopol und einer erhöhten Tabakssteuer, die unbedingt kommen muß. (Hört! links.) Das Monopol wird für die Tabaksbauer besser sein, als eine Erhöhung der Tabakssteuer besonders eine Erhöhung nach dem System Gölers, der eine Rohtabak- und Fabrikatsteuer vorschlägt, denn dieselbe wird nur den Händlern zu Gute kommen. Herr v. Stauffenberg hat dann auch die Vorlegung der Bilanz der Straßburgischen Manufaktur verlangt. Dieselbe ist vorgelegt, wohin sie gehört, im Landesausschuß für Elsaß-Lothringen. Maßgebend für die Vorlage, die uns hier beschäftigt, ist diese Bilanz nicht, da die Straßburger Manufaktur nur 1 Prozent des Gesammtkonsums produzirt. Genehmigen Sie das Monopol nicht, schieben Sie die nothwendige Entscheidung noch hinaus, so wird, wenn die Tabakssteuer erhöht wird, eine Art von Privatmonopol entstehen, bei dessen Heimfall an den Staat keine Entschädigung und keine Mittel zu anderer Thätigkeit gewährt werden können.

Abg. **von Hammerstein**: Es ist in der jetzigen Stunde der Verhandlungen nicht leicht, noch eine Stimme für das Monopol zu erheben, ich will auch nur kurz den Standpunkt des Theiles meiner Freunde darlegen, der für die Vorlage zu stimmen entschlossen ist. Ich stimme dem Monopol zu nur, weil ich in der dreitägigen Debatte keinen Grund gegen das Monopol gehört habe. (Schallendes Gelächter.) Ich freue mich, daß das Haus noch nicht den Humor verloren hat. Ich wollte also sagen, daß ich keinen Grund gehört habe, der mich überzeugen könnte, daß es ein besseres Mittel giebt, die Einnahmen zu schaffen, die das Reich braucht. Das Wort „sozialistisch" schreckt uns nicht; ich unterscheide sehr wohl zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie, und die Bezeichnung „antisozialistisch" ist mir viel unangenehmer, denn sie bezeichnet die liberale, individualistische Anschauung, die nothwendig zur Zerstörung der organischen Gesellschaftseinrichtungen führt und ebenso destruktiv ist, wie die Sozialdemokratie. Der Staatssozialismus ist ja gerade der Gegensatz zur Sozialdemokratie, denn diese setzt ja zur Verwirklichung ihrer Ideen die Zerstörung aller staatlichen Einrichtungen voraus. Der sozialdemokratische Herr von Vollmar erwähnte zur großen Heiterkeit der Herren drüben unter den zu verstaatlichenden Betrieben auch den Großgrundbesitz, seltsamerweise sprach er aber nicht von dem Bankbetrieb, kein Wort von einem Reichsbankmonopol. Es ist ja bekannt, daß seit Lassalle die Sozialdemokratie niemals das eigentliche Börsenkapital angegriffen hat. (Abgeordneter Kayser: Ist nicht wahr!) Wir gönnen Ihnen die Heiterkeit bei dem Gedanken an die Verstaatlichung des Großgrundbesitzes; ehe es dazu kommt, müssen die Sozialdemokraten erst alle zivilisirten Staaten und ihre Ordnung zerstören. Es handelt sich beim Monopol einfach um die Frage, ob ein allgemeines Interesse dem Einzelinteresse vorzuziehen ist oder nicht. Wer diese Nothwendigkeit bestreitet, der muß jede Steuer als einen Eingriff in die Privatrechte ansehen. Es ist schon an das Expropriationsgesetz erinnert worden, das im Interesse der Allgemeinheit die schwersten Eingriffe in den Privatbesitz statuirt, und eine Reihe von Privat-Monopolen zerstört andere Betriebe und zwar ohne jede Entschädigung; jede Pferdebahn macht so und so viele Droschkenkutscher brodlos; jede Bahnlinie, die eine vorher blühende Stadt abseits liegen läßt, trägt zum Ruin derselben bei. Nur wer leugnet, daß ein allgemeines Interesse beim Monopol vorliegt, oder wer andere Mittel zu seiner Befriedigung angeben kann, kann gegen das Monopol stimmen. Selbst Diejenigen, die das Bedürfniß leugnen, leugnen es nur aus politischen Gründen. Die Fortschrittspartei bestreitet das Bedürfniß, nur weil sie glaubt, daß sich bedeutende Ersparungen an den jetzigen Ausgaben machen ließen. Damit kann nur das Militärbudget gemeint sein. Die Armee ist ihnen zu exklusiv; Gott sei Dank, gegen demokratische Tendenzen ist sie unempfänglich. Die Herren wollen die zweijährige Dienstzeit, wir aber glauben, daß nur eine dreijährige Schulung den strammen Geist erzeugen soll, den die Armee nicht nur gegen die Feinde nach Außen, sondern auch nach Innen braucht. (Rufe: Zur Sache! Tabaksmonopol.) M. H.! Ich habe noch einen Gedanken (Große Heiterkeit), Herr Richter hat vielleicht später auch noch einen. Die Herren von der Fortschrittspartei wollen die indirekten Reichseinnahmen nicht so steigern, aus Furcht, daß bei Ablauf des Septennats die Regierung weniger abhängig betreffs der Erhöhung der Präsenzstärke sein könne. (Rufe links: Sehr offenherzig! Sehr gut!) Alle anderen Gegner haben wenigstens das Bedürfniß höherer Einnahmen anerkannt und stimmen nur aus Fraktionspolitik gegen dasselbe. Ich verstehe den Schmerz der Nationalliberalen darüber, daß sie nicht mehr Regierungspartei sind, sehr wohl; sie werden es hoffentlich nie mehr werden. Herr Windthorst hat uns frappirende Definitionen über das gegeben, was er unter Reich und Staat und deren Kompetenz versteht. Er legt aber dadurch, daß er den Einzelstaaten die finanzielle Hülfe des Reichs vorenthält, dieselben weit eher lahm und führt weit eher den Einheitsstaat herbei, als dies durch das Monopol geschehen könnte. Ich halte also eine Vermehrung der Reichseinnahmen für eine nationale Nothwendigkeit, und so lange nicht andere Mittel zur Befriedigung vorgeschlagen werden, trete ich für das Monopol ein. (Beifall rechts.)

Die Diskussion wird geschlossen. — Als Mit-Antragsteller des fortschrittlichen Antrages (Ausfeld und Gen.) erhält das Wort:

Abg. **Richter** (Hagen): Mehr todt als todt kann auch diese Vorlage nicht gemacht werden, ich werde daher über das Tabaksmonopol selbst nicht sprechen, sondern nur über die Steuerfrage und die Abstimmung über Plenum oder Kommission. In Bezug auf das Monopol haben die Verhandlungen klar gestellt, daß in diesem Hause nur zweifelhaft ist, ob es im Verhältniß von 4 zu 1 oder von 5 zu 1 der Stimmenzahl demnächst abgelehnt wird. Die Zahl der sicheren Freunde des Monopols ist in diesem Hause nach dem Eindruck der Verhandlungen auf 50 unter 397 anzunehmen; wenn es hoch kommt, würde es das Monopol bei der Abstimmung vielleicht auf 80 bringen. Besonders interessant ist es, wie selbst die konservativen Parteien in dieser Frage auseinandergingen, so daß wir die Verhandlungen ihnen unter sich hätten überlassen können. Die deutschkonservative Partei geht in drei Richtungen auseinander: diejenigen, die für das Monopol sind, solche, die gegen das Monopol sind, diejenigen, die zur Zeit dagegen sind und die, die sonst noch verschiedenes daran auszusetzen haben. Nach den Zeitungen zu urtheilen ist die einzige Fraktion, die geschlossen für das Monopol ist, die polnische. Es wäre ein guter Humor in der Sache, wenn bei dieser angeblichen nationalen That zur Konsolidirung des deutschen Reichs gerade die Polen allein und geschlossen für diesen natio[illegible] deutschen Gedanken einträten. (Heiterkeit.) Doch ist auch das n[illegible] sicher. Zu bedauern ist, daß in dieser ersten Lesung nicht die Herren aus dem Elsaß zum Wort gekommen sind. Sie sind mit wenigen Ausnahmen gegen das Monopol, was um so mehr ins Gewicht fällt, als sie die einzigen sind in dieser Versammlung, welche praktische Erfahrungen unter dem Monopol gemacht haben und die außerdem die Aussicht hatten, ihre Straßburger Manufaktur mit allem, was drum und dran hängt, los zu werden. (Heiterkeit.) Die Rede des sozialistischen Abgeordneten war interessant, nicht weil wir für sozialistische Ansichten empfänglicher geworden sind, sondern weil sie klar kennzeichnete die Verwandtschaft des Projektes mit dem Sozialismus. Gerade das deutsche Projekt beruht auf sozialistischen Anschauungen. Die Franzosen und Oesterreicher leugnen nicht die Vertheuerung durch das Monopol und rechtfertigen es damit, daß eine so hohe Besteuerung sich in anderer Form nicht erreichen lasse. Umgekehrt empfiehlt man hier das Monopol, indem man sagt, daß dasselbe nicht vertheure, sondern nur auf den Staat einen Gewinn übertrage, welchen sonst die Privatindustrie mache. Denn, sagt man, die Konkurrenz vertheure nur und entziehe einen hohen Gewinn ohne entsprechende Gegenleistung. Ist dies richtig, so ist dies nicht blos für den Tabak, sondern gegen die Privatwirthschaft überhaupt richtig. Viel richtiger, als für den Kleinbetrieb beim Tabak wäre die Verstaatlichung des Großgrundbesitzes. Soll nicht ein Domänenpächter ebenso gut wirthschaften können wie ein Fideikommißbesitzer, der von der Landwirthschaft nur die Jagd betreibt und sich sonst darauf beschränkt, Pachtquittungen zu unterschreiben. Einer gewissen Entschädigung sind auch die Sozialisten nicht abgeneigt, wie das Buch Liebknecht's über die Verstaatlichung des Grundbesitzes zeigt. Die sozialistische Rede hat wieder klargestellt, daß der eigentliche Pflegevater des Sozialismus in Deutschland der Reichskanzler ist. Unter ihm und durch ihn von 1863 und dem befreundeten Verhältniß zu Lassalle an gerechnet ist der Sozialismuß in Deutschland das geworden, was er ist. Das ganze Sozialistengesetz schadet dem Sozialismus nicht so viel, wie die mit dem Monopolprojekt verbreiteten sozialistischen Anschauungen ihm forthelfen. Aber der Kanzler scheint keine Ahnung zu haben von dem, was er anrichtet. Aufs Neue regt er in den veröffentlichten Briefen wieder zum Klassenhaß an, regt die Landwirthe gegen die Städter auf, sie sollen sich schützen gegen die wirthschaftliche Gesetzgebung der letzten Zeit. Als ob er nicht selbst und der König die Gesetze unterzeichnet hätten, welche noch heute in Kraft stehen. Nicht glücklich zu preisen ist, wer einmal die Erbschaft dieses Regierungssystems zu übernehmen hat. — Ich wende mich zu unserer Resolution. Wenn die Geschäfte sich bessern, so fällt das schwerer ins Gewicht, als alle Finanzpläne. Ersparnisse wollen wir allerdings, nicht blos beim Militär; aber auch beim Militär. Die Art haben wir oft in Resolutionen, Abstimmungen und in unseren Reden dargelegt. Gleichwohl bin ich Herrn von Hammerstein dankbar, daß er dies angeregt hat, denn dieser eine von ihm angekündigte Gedanke hat viel Licht in diese Sache gebracht. Bei ihm ist also das Monopol eine Vorbereitung auf eine weitere Steigerung der Militärausgaben nach Ablauf des Septennats. (Widerspruch rechts.) Ja wohl, meine Herren, es ist die Abhängigkeit von der parlamentarischen Mehrheit und ihrem Bewilligungsrecht ohne die Monopol-Durchführung. Sie hängt in der That wesentlich zusammen mit einer beabsichtigten Erhöhung der Offiziers-Gehälter. Der bloße Gedanke von Liebe und Frieden, den der Unterstaatssekretär Scholz als den Zweck des Monopols für die Arbeiter hinstellte, verschwindet. Die Erhöhung des Militär-Etats haben wir dann so sicher, wie wir damals nach der Bewilligung der 145 Millionen die 25,000 Mann mehr hatten. Vielleicht würde nicht einmal das Monopol einen ausreichenden Ertrag hierzu geben — Menschenalter hindurch ist der Zoll auf 12 Mark für den Zentner geblieben, vor drei Jahren hat man ihn um 350 Prozent erhöht, warum soll nun nicht auch Menschenalter hindurch diese Summe bleiben? Das Verhältniß von der Besteuerung der Verbrauchsartikel unter einander kann man nicht blos dadurch herstellen, daß man den einen aufschraubt, sondern auch den andern entsprechend ermäßigt; das Entscheidende aber in dieser Frage ist es eben, daß die Tabakssteuerfrage im Jahre 1879 einen Abschluß gefunden hat; damit sind alle die weiteren Erwägungen nach dieser Richtung für ein Menschenalter abgeschlossen. Das will unsere Resolution. Wir halten sie für so wichtig, wie die Ablehnung des Monopols selbst. Ja meine, Herren, Sie sind provozirt darauf in dieser Beziehung eine Erklärung zu geben. Die Thronrede sagt, man sei über die höhere Einnahme aus dem Tabak im Reiche einig, nur nicht über die Form. Im Reiche? was heißt denn das? Die Finanzräthe, der Bundesrath, die mögen ja einig sein, aber es wohnen doch noch einige andere Leute im Reich, und es ist ganz gut, daß diese auch ihre Meinung sagen. Wir würden vielleicht in der angenehmen Lage sein, uns in der nächsten Session mit einer Erhöhungsvorlage zu beschäftigen; das wollen wir abschneiden, indem wir von vornherein sagen: Bitte, bemühen Sie sich nicht, es wird nichts weiter gegeben. (Heiterkeit.) Die Rede des Herrn Windthorst war rund und nett, viel runder und netter als frühere Erklärungen. Diese Rede beweist, daß die Wähler der Zentrumspartei in diesen Dingen ebenso wenig Spaß verstehen, wie die Wähler unserer Partei und daß auch die Wähler der Zentrumspartei nicht wollen, daß diese Frage zu diplomatischen Zwecken benutzt wird, und wäre es selbst in der Richtung der kirchenpolitischen Gesetze. Indem der Abg. Windthorst diese Erklärung abgab — von der liberalen Vereinigung, weiß ich, daß sie ebenso denkt — ist in diesem Hause eine entschiedene Mehrheit gesichert auch gegen jede Steuererhöhung in dieser Legislaturperiode, und es ist wichtig, daß das auch formulirt zum Ausdruck kommt. Die Tabaksindustrie befindet sich in einer fieberhaften Aufregung. Schon jetzt macht man Kalkulationen auf eine bevorstehende Zollerhöhung, ja man fürchtet thörichter Weise eine Sperre, die gar nicht möglich ist. Diese Befürchtungen sind wir verpflichtet, durch eine formulirte Erklärung zu beseitigen und nach außen hin klar zu stellen, daß dies Haus nicht gewillt ist, auf irgend eine Mehrbelastung einzugehen. Daß unsere Nachfolger das Richtige treffen, dafür werden die Wähler schon selber sorgen. Der Abgeordnete Windthorst hat die Form unseres Antrages bemängelt. An der Form liegt uns gar nichts. Früher hat einmal ein Gedanke von uns vorgelegen, der in Form des Antrages v. Minnigerode Verwirklichung gefunden; es würde uns noch schmeichelhafter sein, wenn dieser Gedanke in der Form des Antrages Windthorst eine größere Majorität in diesem Hause fände. Alle Parteien, die eine gewisse parlamentarische Kontinuität achten wollen, sind eigentlich verpflichtet, einer solchen Resolution zuzustimmen. Im Jahre 1879 haben das Zentrum, die Nationalliberalen und die Konservativen übereinstimmend erklärt, daß der Tabak Ruhe finden solle. Der damalige Abgeordnete der deutschen Reichspartei, jetziger Bundeskommissar Würtembergs, Herr Schmidt, erklärte: Wir sind auch der Meinung, daß endlich ein Ruhepunkt eintreten muß — er hat den Ruhepunkt im stenographischen Bericht sogar unterstrichen — (Heiterkeit) daß die unzweifelhafte Schädigung, welche eine fortgesetzte Bewegung in dieser Richtung mit Nothwendigkeit im Gefolge hat, endlich auch aufhöre." Ja weiter. Der Herr Abgeordnete Marschall, der im Jahre 1879 bei der zweiten Berathung für die Deutsch-Konservativen sprach, sagte ebenfalls, daß nunmehr in absehbarer Zeit die Tabakssteuerfrage erledigt ist und damit wieder Ruhe und Gewißheit in die Tabaks-Produktion kommt. (Hört! Hört! links.) Nun hat zwar Herr v. Mayr versucht, dies anders darzustellen, wie es damals von Seiten der Regierung gemeint sei. Herr Hobrecht ist aber in dieser Hinsicht ein klassischerer Zeuge, denn er hatte damals etwas zu sagen und Herr von Mayr nicht; die Herren v. Mayr und Scholz befanden sich damals in untergeordneter Stellung und waren beauftragt zu sagen, was ihre Vorgesetzten ihnen aufgetragen hatten. Herr Hobrecht, der in der Kommission und im Reichstage die Tabak-Vorlage damals vertrat, hat am 10. Mai 1879 erklärt, daß es eine berechtigte Forderung sei, eine Steuerreform anzunehmen, die an sich die Möglichkeit des Fortbestehens hat, für die Gegenwart Befriedigung schafft und Ruhe in die Bewegung bringt. Die Regierung nahm diese Vorlage im Jahre 1879 an und verpflichtete sich dadurch, für eine absehbare Zeit in den Besteuerungsverhältnissen nichts zu ändern. Nun ist gesagt worden, jede Regierung würde das Monopol, würde eine höhere Besteuerung einführen müssen, weil sie sich mit dem jetzigen Ertrage aus dem Tabak nicht begnügen könne. Nach meiner Ueberzeugung liegt die Sache so: Wird das Monopol jetzt nicht bewilligt, so wird überhaupt nichts daraus. Das Monopolprojekt allerdings wird nicht verschwinden, dafür werden die Würtemberger sorgen (Heiterkeit), aber meine Herren alle Achtung! Die Würtemberger waren schon 1871 für das Monopol. Kaum waren sie in das Reich eingetreten, als die würtembergische Regierung im Bundesrath die Einführung des Monopols beantragte; ich habe selbst im Jahre 1871 über diesen Antrag gesprochen. Zehn Jahre lang hat die würtembergische Regierung schon das Monopolprojekt gehegt und gepflegt, aber beunruhigt hat das Niemand, auch keinen Tabaksindustriellen, so schreckhaft sind die Landsleute des Abg. v. Wöllwarth doch nicht, die Beunruhigung ist erst gekommen, als Fürst Bismarck das Projekt annahm; von dem Augenblick an gewann die Sache eine ganz andere Gestalt. Keine andere Regierung würde das Monopolprojekt auch nur so weit haben bringen können, wenn es nicht Fürst Bismarck selbst wäre, der hier die große Autorität seiner Person einsetzte, die er nur hat. Wenn er es jetzt nicht bekommt, dann wird die Sache unmöglich in dem Maße, wie sich sein Einfluß in Deutschland in immer weiteren Kreisen vermindert. (Widerspruch rechts.) Das hat er uns selbst kund gegeben in jenem Artikel der „Provinzial-Korrespondenz" vom 12. April: „Die Eile des Kanzlers". Ein Jahr Verzögerung kann die Sache entscheiden, die Reaktion hat Eile, sie wäre nicht so heftig in ihrem Auftreten, wenn sie selbst nicht das Bewußtsein hätte, daß sie die Tage nutzen müsse, daß ihre Tage gezählt sind. (Beifall links.) Was sie jetzt nicht gekonnt, das wird niemals gelingen. Um so fester muß unser Widerstand gegen sie gerade jetzt sein. (Beifall links.) Der Staatssekretär Scholz hat zwar gerade das Gegentheil von dem gesagt, was in der „Provinzialkorrespondenz" steht, indessen ich würde kein Aufhebens davon machen; das erlebt man ja oft, daß die Pläne und auch die Erklärungen am Regierungstisch fortwährend wechseln. Es war mir unverständlich, wie Redner sich schon heute gegen das Monopol erklärten und dann doch Kommissionsberathung beantragten. Bisher hat man nur Vorlagen an eine Kommission verwiesen, deren Schicksal zweifelhaft war und besser begründet werden sollten. Es war ein unglücklicher Satz des Herrn v. Wöllwarth, daß man in Fachfragen Herrn Grafen Moltke folgen müsse? Wer ist denn in dieser Frage Moltke? Etwa Herr v. Mayr? (Große Heiterkeit.) Er steht doch in dem Tabaksressort erst seit zwei Jahren — eine Dienstzeit, welche beim Militär bekanntlich von Molke noch nicht als ausreichend erachtet wird zur Beförderung in einen höheren Grad. (Heiterkeit.) Man könne das Monopol einführen, um gerade jetzt im Elsaß die Grundsteuer den Gemeinden überweisen zu können, andernfalls müsse ein neuer Grundkataster aufgestellt werden, sagt Herr v. Mayr. Die städtischen Behörden könnten ebenso empfehlen, eine Stadt anzuzünden, um einen sonst nothwendigen Straßendurchbruch zu ersparen. Ohnehin müßten viele Arbeiter neue Beschäftigungen suchen, da komme es auf die Tabaksarbeiter nicht an, es sterben ohnehin viele, meint er. Mit derselben Logik könnte man die Menschen todtschlagen. Seine heutigen Entschuldigungen sprechen ihn nicht frei von einer gehässigen Darstellung der Entwickelung Bremens. Von Frankreich solle man nicht sprechen, sagt Herr v. Mayr, aber in Frankreich sehen wir das Monopol praktisch vor uns. Seine Berechnungen des billigen Tabaks stehen nur auf dem Papier, in Frankreich kostet in Wirklichkeit das Pfund des billigsten Tabaks 5 Mark. Die ganze Monopolberechnung des Herrn v. Mayr ist ein Phantom. Ein Tabaksinteressent habe den Gewinn der Branche auf 65 Prozent berechnet, daran müsse man sich halten. Heute entpuppt sich nun der große Unbekannte als eine kleine Hamburger Firma. Erregt durch die Monopolgefahr, hat sie in einem Zirkular den drohenden Verlust übertrieben. Aha, sagt Herr v. Mayr, wenn Ihr soviel verlieren könnt, müßt Ihr auch großen Gewinn haben

Nun erst recht das Monopol. (Heiterkeit.) Aber bei der Entschädigung werden die Konsequenzen nicht gezogen, sondern ein Reingewinn von 18¾ Prozent zugegeben. Die übrigen 48 Prozent für Geschäftsauslagen kann man nicht nachweisen. Nach der Steuererhöhung von 1879 trägt die Tabaksindustrie jetzt 50 Prozent der Steuer. Auch von dieser Erhöhung berechnet nun Herr v. Mayr den Reingewinn von 65 Proz., also wie die Tabakssteuer erhöht worden ist, haben nach Herrn v. Mayr auch die Tabaksindustriellen einen um so größeren Gewinn. (Heiterkeit.) Die von Hammerstein zitirten Pferdebahnen verbieten ja den Droschken nicht, nebenher zu fahren. Gerade weil der Reichsbetrieb die Konkurrenz der Privatindustrie nicht aushalten kann, soll dieselbe verboten werden. Herr v. Mayr sagt, die Bilanz der straßburger Manufaktur sei dem elsässischen Landesausschuß mitgetheilt worden. Allerdings aber unter der Verpflichtung die Zahlen nicht außerhalb der Kommission weiter mitzutheilen (Heiterkeit). Weil, wie es im Kommissionsbericht heißt, „diese Zahlen sich gegen das Geschäft selbst wenden und dadurch seine Organisation und sein Ansehen untergraben würden" (Hört, hört!). Die Kommission berichtet, daß die Ueberschüsse der Manufaktur mit dem Betriebskapital in einem befriedigenden Verhältniß stehen. Was heißt befriedigend? Das Betriebskapital der Manufaktur wird ja nur ein sehr kleines sein. Wozu erst die Rechnung einsehen? Wir sehen ja, daß überall die Manufaktur die Bude zumachen muß. In Köln, in Münster werden die Filialen geschlossen. Der kaiserliche Adler hat zuerst die Käufer angelockt, nun will Niemand mehr die Zigarren rauchen. Eben lese ich, daß auch die Durlacher Filiale mit dem 1. Juli eingeht, in Straßburg hat man zum Unterbringen der Ladenhüter schon neue Magazine eröffnet. Es mag mancher so gewissenhaft sein, sich von der Qualität der Straßburger Zigarren überzeugen zu wollen. Im Abgeordnetenhause hat darüber bereits eine Kommission getagt, aber eine freiwillige (Heiterkeit). Diejenigen, welche dazu gehörten, werden sich hier nicht wieder in eine solche hineinwählen lassen (Große Heiterkeit). Jedenfalls müßte man in diese Kommission möglichst wenig Mitglieder senden. (Große Heiterkeit; Ruf: und außerhalb des Hauses müßte sie tagen!) Soll eine Kommission noch weiter rechnen, nachdem eine besondere Enquetekommission schon dicke Bände Berechnungen gemacht hat und auf Grund dieser Rechnung die Ablehnung des Monopols empfohlen hat! (Ruf: und der Volkswirthschaftsrath!) Der ist bedeutungslos. (Heiterkeit.) Wer diese Fragen von kleinen Rechnungen abhängig macht, verkennt ihre Bedeutung. Schon vor 25 Jahren sagte Delbrück mit Recht: das deutsche Volk läßt sich mehr Polizeibeschränkungen gefallen als das französische und englische, aber weniger fiskalische Beschränkungen. Unserm Volke ist das Monopol an sich und im Verhältniß zur Privatindustrie durch und durch verhaßt. Die ganze parlamentarische Situation fordert dazu auf, von einer kommissarischen Berathung abzusehen. Parlamente sind doch dazu da, um mit der Regierung Gesetze zu vereinbaren, früher geschah dies auch und die Sessionen waren dabei kürzer. Jetzt arbeitet man Vorlagen aus, als ob gar kein Parlament vorhanden wäre Damit schärfen sich die Gegensätze hier. Auch andere Gesetze kommen in Folge dessen schwerer zu Stande. Die schlechteste Begleitung für die Versicherungsgesetze in dieser Session war die Monopolvorlage. Früher wich der Reichstag recht heftigen Zusammenstößen aus, indem er unannehmbare Vorlagen in Kommissionen begrub. Jetzt verlangt der Kanzler eine ausdrückliche Ablehnung, eine Quittung, wie er sagt. Immer gereizter werden dadurch die Stimmungen, immer länger die Sessionen. Um volle 8 Tage hat sich soeben die Landtagssession hinausgeschoben und ist eine Kollision mit dem Reichstag erfolgt, nur weil Fürst Bismarck das Verwendungsgesetz ausdrücklich abgelehnt wissen wollte. Jetzt genügt ihm schon die Ablehnung an sich nicht mehr, es soll auch noch eine Kommissionsberathung vorhergehen. Damit werden die Sessionen immer länger, die Kräfte immer mehr aufgebraucht. (Sehr wahr! links.) Wenn Sie Kommission beschließen, so werden wir ja auch Mitglieder in dieselbe wählen, § 1 wird dann mit 23 gegen 5 Stimmen abgelehnt werden. Man stellt in einem Kommissionsbericht dem Todten einen richtigen Todtenschein aus, weiter hat es keinen Zweck. Oder sollen denn etwa noch alle folgenden Paragraphen weiter berathen und alle Eventualitäten und Details für den Fall der Einführung des Monopols festgestellt werden? Namens meiner Freunde und Namens der liberalen Vereinigung habe ich zu erklären, daß unsere Kommissionsmitglieder alsdann nach Ablehnung des § 1 sich an weiteren Abstimmungen, Verbesserungsvorschlägen und Detailverhandlungen nicht mehr betheiligen werden. (Zustimmung links.) Es giebt eine Grenze dessen, was sich ein Parlament gefallen lassen muß, und eine weitere Kommissionsberathung wäre nicht geeignet, das Ansehen des Parlaments zu erhöhen. (Zustimmung links.) Man sagt, die Kommissionsberathung solle endlich einmal Ruhe für die Tabaksindustrie im Lande schaffen. Wie äußerlich ist doch diese Auffassung! 1879 versprach man sich von derselben Seite Beruhigung aus der Zustimmung zur Steuererhöhung, jetzt soll von einem neuen Kommissionsbericht diese Beruhigung abhängen. Wer hat denn in Deutschland überhaupt jetzt Ruhe? Die allgemeine Unruhe liegt im ganzen Regierungssystem. Könnte eine Kommission dieselbe bannen, wir müßten dieselbe in Permanenz erklären. Die Wurzel dieses Regierungssystems ist das Verhalten des Kanzlers. Er ist auf einen Standpunkt gelangt, wo er seinen eigenen Willen als den entscheidenden ansieht. Erhebt sich ein parlamentarischer Widerstand gegen einen seiner Pläne, so beruft er sich darauf, daß er schon so Vieles gegen die Parlamente doch durchgesetzt. So sind wir endlich vor die Frage gedrängt: genügt es, daß der Kanzler ein Projekt aufnimmt, um allen Widerstand dagegen aussichtslos zu machen, oder giebt es noch einen selbständigen Willen außer ihm? An dieser Vorlage muß sich der Wille des Kanzlers endlich einmal brechen. (Beifall links.) Darum entscheiden wir bei dieser Vorlage über weit mehr, als über das Monopol selbst. (Beifall links.) Sieht das Volk hier, daß es noch einen selbständigen Willen gegen den Kanzler giebt, so wird Vieles in unserem Staatsleben besser und freier werden. Macht man aber die entgegengesetzte Erfahrung, so weiß ich nicht, was uns bevorsteht; dann wird der Kanzler in seinem Bewußtsein immer mehr gesteigert, seine Projekte werden immer größer, die Unruhen und Schädigungen des Wirthschaftslebens steigern sich im Lande. Diese große Frage aber ist nicht in einer Kommissionsberathung zu entscheiden. Die große Mehrheit im Hause hat schon heute die feste Absicht den Willen des Kanzlers an dieser Vorlage zu brechen. Die Kommissionsberathung setzt Sie Mißdeutungen aus. Darum ohne Umschweife, ohne weiteres Fackeln — lehnen Sie die Kommissionsberathung ab und verwerfen Sie ohne dieselbe das Monopol in zweiter Berathung. (Lebhafter anhaltender Beifall links, anhaltendes Zischen rechts.)

Abg. von Benda: Im Namen des Abg. Hobrecht muß ich erklären, daß derselbe die ablehnende Stellung unserer Partei nicht in ursächlichen Zusammenhang mit unserer politischen Stellung gebracht hat; wir würden jeder Regierung das Monopol verweigern. Das ist gerade das Gegentheil von dem, was Herr von Hammerstein gesagt hat.

Ueber den Antrag auf Verweisung der Vorlage und des Antrages Ausfeld an eine Kommission von 28 Mitgliedern wird namentlich abgestimmt. Derselbe wird mit 162 gegen 121 Stimmen angenommen; für denselben stimmen die Deutsch-Konservativen, die deutsche Reichspartei, das Zentrum mit den Welfen und Polen und die Hälfte der Nationalliberalen; gegen den Antrag stimmen die Fortschrittspartei, die Sezessionisten und die andere Hälfte der Nationalliberalen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Unfall- und Krankenversicherung.)

Briefe und Zeitungsberichte.

C. **Berlin**, 14. Mai. [Die Monopolvorlage. Die sozialpolitischen Gesetzentwürfe.] So wenig in der Sache darauf ankommt, daß die Majorität des Reichstags gestern beschlossen hat, die Monopolvorlage einer Kommission zu überweisen, so charakteristisch ist der Beschluß doch für unsere parlamentarischen, und darüber hinaus für unsere politischen Verhältnisse überhaupt, und deshalb ist es der Mühe werth, nochmals dabei zu verweilen. Man kann dreist behaupten, daß nicht Einer von den 162 Abgeordneten, welche für die Ueberweisung stimmten, das Bedürfniß hat, durch die Kommissions-Berathung weiter über die Materie aufgeklärt zu werden, oder die Hoffnung hegt, es würden dadurch betreffs irgend eines wichtigen Punktes die einander unvereinbar gegenüberstehenden Ansichten ausgeglichen werden; für die Anhänger des Monopols war der Ueberweisungsbeschluß selbstverständlich, die klerikalen und national-liberalen Gegner des Entwurfs aber, welche für die Kommission stimmten, wurden ausschließlich von dem Wunsche geleitet, die scharfe Spitze der Opposition, zu welcher sie sich in der Sache genöthigt sehen, durch die Behandlung der Formfrage nach Möglichkeit umzubiegen. Dagegen wäre noch wenig einzuwenden, wenn nicht die Gefahr vorläge, daß der Verlauf der Kommissions-Berathung, indem er den Widersinn des gestrigen Beschlusses in helles Licht setzt, den Reichstag, oder doch seine für diesen Beschluß verantwortliche Mehrheit, bloßstellt. Daß eine solche, die überwiegend aus Gegnern des Monopols bestand, es hierauf ankommen ließ, ist nun gerade im gegenwärtigen Augenblick überaus charakteristisch: die Scheu vor dem Kanzler wirkt sogar in dem Moment seiner ersten großen, vielleicht eine Epoche in der Stellung der öffentlichen Meinung zu ihm bildenden Niederlage so stark, daß etwa 100 Abgeordnete zu einem widersinnigen Beschluß beitragen, um ihren Antheil an der Herbeiführung jener Niederlage nach Möglichkeit zu vermindern. Die einzige praktische Bedeutung dieses Votums besteht darin, daß sie die Möglichkeit eines Eingreifens des Fürsten Bismarck in die zweite Berathung, welche durch die Kommissions-Verhandlungen hinausgeschoben wird, offen hält — für den Fall, daß er die Absicht einer solchen Betheiligung hegt, was zu bezweifeln nach wie vor gestattet ist. — Ueber die Aussichten der beiden sozialpolitischen Entwürfe, deren erste Lesung morgen beginnt, ist nicht so kurz abzuurtheilen, wie es in der Presse vielfach durch die Behauptung, daß ihr Scheitern sicher sei, geschieht. Für die Klerikalen ist der Hauptstein des Anstoßes in dem Unfallversicherungsgesetze der Reichszuschuß, während die Bedenken der Liberalen gegen das Ganze der beabsichtigten Organisation — wenn man die umfassenden Vollmachten für den Bundesrath, welche verlangt werden, eine Organisation nennen will — das Zentrum bis jetzt ziemlich kalt lassen; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die Regierung mit demselben ein Kompromiß betreffs des Reichszuschusses dahin abschließt, daß man zunächst versuchen wolle, ob es ohne denselben geht, um später event. darauf zurückzukommen. In diesem Falle wäre das Durchgehen des Gesetzes wahrscheinlich: die Konservativen, die Klerikalen und die Regierung haben nach dem ergebnißlosen Verlauf der dreijährigen Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses, der jetzt überall konstatirt wird, ein sehr lebhaftes Bedürfniß, „etwas zu Stande zu bringen", besonders auf dem „sozialpolitischen" Gebiet, das sie ja im angeblichen Gegensatz zu den Liberalen als ihre Domäne zu behandeln lieben. Schwieriger noch, als die Bildung einer Majorität für das Unfallversicherungs-, scheint die einer solchen für das Krankenkassen-Gesetz; auch hier würde das Zentrum sich wohl über die Bedenken gegen den unbefriedigenden organisatorischen Theil der Vorlage hinwegsetzen, wenn man sich über den schwierigen finanziellen Punkt einigen könnte, über die von der Regierung beabsichtigte Heranziehung der Krankenkassen zur Tragung der Entschädigung für die Unfälle bis zu dreizehnwöchentlicher Dauer unter Leistung nur eines Drittels der Beiträge seitens der Arbeitgeber. Hier kommt aber einerseits das finanzielle Interesse der Großindustriellen, andererseits die Rücksichtnahme der Klerikalen auf die Arbeitermassen in ihren Wahlkreisen in einen Konflikt, dessen Ausgleichung schwer sein wird.

Telegraphische Nachrichten.

Charlottenburg, 13. Mai Dem Vorsitzenden des Komites für die Hygieine-Ausstellung, Wirkl. Geh. Rath Hobrecht, ist seitens des Herrn Heinrich Quistrop die Mittheilung gemacht worden, daß er die großartigen Ausstellungsräume der Germania in Westend der verbliebenen Hygieine-Ausstellung zur sofortigen Verfügung stelle.

Danzig, 13. Mai. Die Disziplinarkammer hat die wegen Wahlagitation seit drei Monaten von ihrem Amte suspendirten drei Marine-Ingenieure freigesprochen.

Essen, 13. Mai. Nach dem offiziellen Bericht der „Essener Zeitung" über das Grubenunglück in der Zeche „Pluto" sind im Ganzen 62 Personen ums Leben gekommen, von denen 23 direkt durch die Explosion getödtet wurden. Zehn zum größten Theil leicht Verletzte befinden sich im Krankenhaus. Heute Nachmittag findet die Beerdigung der Verunglückten vom Zechenhause aus statt.

Stuttgart, 13. Mai. Der Landtag ist zu einer kurzen Session auf den 24. Mai einberufen worden. — Der König traf von Genua in Vevey ein.

Schwerin, 12. Mai. Die Herzogin Marie, Gemahlin des Herzogs Paul Friedrich, ist heute Nacht von einem Prinzen entbunden worden.

Deutsch-Krone, 14. Mai. Bei der am 10. d. stattgehabten anderweiten Wahl eines Reichstags-Abgeordneten für den hiesigen Wahlkreis wurde Rittergutsbesitzer v. Klitzing (konservativ) mit 4043 Stimmen gewählt; der Gegenkandidat Prälat Friske (Zentrum) erhielt 3275 Stimmen.

Wien, 13. Mai. [Offiziell.] FML. Jovanovic meldet unter dem heutigen Datum: Die am 11. d. von Vlahovici Ljubomisli nach Ljubinje zurückkehrende Streifkompagnie des 11. Regiments stieß bei Vukovici mit einer stärkeren Insurgentenbande zusammen, welche zersprengt wurde und einige Verluste erlitt. Die österreichischen Truppen hatten einen Verwundeten.

Wien, 13. Mai. [Ringtheater-Prozeß.] Nachdem heute noch der Vertheidiger der Angeklagten Wilhelm und Heer gesprochen, nahm der Staatsanwalt das Wort zur Replik.

Wien, 13. Mai. [Ringtheaterprozeß.] Nach der Duplik der Vertheidiger Jauner's, Landsteiner's, Wilhelm's und Heer's betheuert Jauner nochmals seine Unschuld, indem er erklärt, er sei nicht der Schuldige, sondern das Opfer des Ringtheater-Brandes. Die übrigen Angeklagten verzichten auf das Wort. Der Präsident beraumt die Verkündigung des Urtheils auf Dienstag, den 16. d., 4 Uhr Nachmittags an.

Wien, 14. Mai. Die Vorbereitungen zur Rekrutirung in den okkupirten Ländern sind vollendet und soll die Assentirung in Bosnien am 24. d. M. anberaumt sein. Die amtliche Publikation steht unmittelbar bevor.

Nach einer Meldung der „Neuen freien Presse" aus Ragusa haben die neuerdings in Risano vorgenommenen allgemeinen Haussuchungen zur Auffindung einer großen Menge von Waffen und Munition geführt. In Kattaro hat das daselbst zusammengetretene Militärgericht sein erstes Urtheil gefällt, indem ein der Spionage überwiesener Landbewohner zu achtjähriger Festungshaft verurtheilt wurde.

Athen, 14. Mai. Das französische Geschwader im Piräus hat Befehl erhalten, sich zur Abfahrt nach Egypten auf das erste Signal hin bereit zu halten.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. Mai Morgens 0,72 Meter.
" " 15. " Morgens 0,72 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 13. Mai. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 295¼, Franzosen 285¾, Lombarden 126¾, Galizier 267⅜, österreichische Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, österr. Silberrente —, Egypter 70, III. Orientanl. —, 1880er Russen —, Wiener Bankverein —, 1860er Loose —, Diskonto-Kommandit —. Ruhig.

Wien, 13. Mai. (Schluß-Course.) Wegen Mangels an Anregung andauernd ruhig, nur Galizier lebhafter.

Papierrente 76,65. Silberrente 77,60. Oesterr. Goldrente 94,60, 6-proz. ungarische Goldrente 119.90. 4-proz. ung. Goldrente 89,30. 5-proz. ung. Papierrente 87,00. 1854er Loose 119,70. 1860er Loose 130,50. 1864er Loose 174.70. Kreditloose 177,00 Ungar. Prämienl. 119,50. Kreditaktien 345,90. Franzosen 336,25. Lombarden 143,00. Galizier 314,00. Kasch.-Oderb. 149,70. Pardubitzer 152,70. Nordwestbahn 208,50. Elisabethbahn 211,00. Nordbahn 2665. Oesterreich. ungar. Bank —.—. Türk. Loose —,—. Unionbank 128,10. Anglo-Austr. 129,00 Wiener Bankverein 118,60. Ungar. Kredit 341,25, Deutsche Plätze 58,60. Londoner Wechsel 119.95. Pariser do. 47,60. Amsterdamer do. 99,55. Napoleons 9.52 Dukaten 5.62 Silber 100,00. Marknoten 58,60 Russische Banknoten 1,21¼. Lemberg-Czernowitz —,—. Kronpr.-Rudolf 168,00. Franz-Josef —,—. Dux-Bodenbach —,—. Böhm. Westbahn —,—.

4½prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —, Elbthal 219,00, 5proz. österr. Papierrente 92,75, ungar. Goldrente —, Buschtierader B. —,—. Ung. Präml. 119,50. Eskompte —,—.

Petersburg, 13. Mai. Wechsel auf London 24½, II. Orient-Anleihe 90½. III. Orientanleihe 90½.

London, 13. Mai. Fest. Consols 102, Ital. 5pr. Rente 89, Lombard. 12⅜, 3proz. Lombarden alte 11⅜, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 85, 5proz. Russen de 1872 84½, 5proz. Russen de 1873 86¾, 5proz. Türken de 1865 13, 3½proz. fundirte Amerikaner —,—, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 75¾, Oesterr. Goldrente —, Spanier 27⅞, Egypter 68½, 4proz. preuß. Consols 102. 4proz. bair. Anleihe —.

Platzdiscont 2½ pCt. Silber 52¼.

In die Bank flossen heute 11,000 Pfd. Sterl.

Newyork, 12. Mai. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 95⅜, Wechsel auf London 4,86¾, Cable Transfers 4,90½, Wechsel auf Paris 5,15, 3½proz. fundirte Anleihe 101¾, 4prozentige fundirte Anleihe von 1877 120⅜, Erie-Bahn 35¾, Zentral-Pacific 116¾, Newyork Zentralbahn 127, Chicago-Eisenbahn 140½.

Geld leicht, für Regierungssicherheiten 2, für andere Sicherheiten 3 Prozent.

Produkten-Kurse.

Hamburg, 13. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco unveränd., auf Termine ruhig. Roggen loco unveränd., auf Termine ruhig. Weizen per Juli-Aug. 207,00 Br., 206,00 Gd., per Sept.-Okt. 203,00 Br., 202,00 Gd. Roggen per Juli-Aug. 140,00 Br., 139,00 Gd., per Sept.-Okt. 139,00 Br., 138,00 Gd. Hafer u. Gerste unveränd. Rüböl ruhig, loco 57,00, per Mai 56,50. Spiritus flau, per Mai 37½ Br., per Juli-Aug. 38¼ Br., per Aug.-Sept. 39¼ Br., per Sept.-Okt. 39½ Br. — Kaffee stetig, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum geschäftslos, Standard white loco 7,15 Br., 7,05 Gd., per Mai 7,05 Gd., per August-Dezember 7,75 Gd. — Wetter: Veränderlich.

Wien, 13. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen pr. Mai-Juni 12,00 G., 12,05 Br., per Herbst 10,92 G., 10,95 Br. Hafer pr. Mai-Juni 7,85 Gd., 7,90 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,55 Gd., 7,60 Br.

Pest, 13. Mai. Produktenmarkt. Weizen loco ermatt., auf Termine matt, pr. Frühjahr — Gd., —,— Br., pr. Herbst 10,68 Gd., 10,72 Br. — Hafer pr. Herbst 6,65 Gd., 6,70 Br. — Mais pr. Mai-Juni 7,35 Gd., 7,38 Br. — Kohlraps pr. August-September 13. — Wetter: Regen.

London, 13. Mai. An der Küste angeboten 3 Weizenladungen. — Wetter: Prachtwetter.

Antwerpen, 13. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen still. Roggen unverändert. Hafer vernachlässigt. Gerste ruhig.

Newyork, 12. Mai. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork $12\frac{5}{16}$, do. in New-Orleans 12⅛, Petroleum in Newyork 7⅜ Gd., do. in Philadelphia 7½ Gd., rohes Petroleum 6½, do. Pipe line Certificates — D. 75 C. Mehl 5 D. 25 C. Rother Winterweizen loko 1 D. 46½ C. do. per Mai 1 D. 45⅞ C., do pr. Juni 1 D. 45⅝ C., do. pr. Juli 1 D. 32¼ C. Mais (old mixed) 86½ C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7⅜. Kaffee (Rio-) 9½. Schmalz Marke (Wilcox) 11¾, do. Fairbanks 11¾, do. Rohe u. Brothers 11⅜. Speck short clear) 11¼ C. Getreidefracht ½.

Newyork, 12. Mai. (Baumwollen-Wochenbericht.) Zufuhren in allen Unionshäfen 33,000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 35,000 B. Ausfuhr nach dem Kontinent 21,000. Vorrath 524,000 B.

Hennig'scher Gesang-Verein.
Die Versammlungen finden für diese Saison nicht mehr statt.

Produkten-Börse.

Berlin, 13. Mai. Wind: NNW. Wetter: Veränderlich.

In Ermangelung neuer Momente verlief der heutige Markt für fast alle Artikel wenig rege.

Loko-Weizen still. Termine haben unter mäßigen Umsätzen keine nennenswerthe Veränderung erfahren, nur laufende Monate stellten sich etwa 1 Mark niedriger. Die Engagements-Verhältnisse sind ziemlich schwer zu erkennen. Es hat den Anschein, als ob die Baisse Interessen bei Kommissionären vertheilt stecken — nur so erklärt sich die Geringfügigkeit der Umsätze per Mai.

Loko-Roggen ziemlich reichlich zugeführt, ging zu etwas billigeren Preisen schwerfällig ab. Dieser Umstand wirkte auf den Terminhandel, welcher anfänglich feste Halte dokumentirte, nachtheilig, so daß unter hauptsächlicher Betheiligung der Platzspekulation, die Course schließlich den gestrigen Stand einnahmen.

Loko-Hafer nur in feiner Waare beachtet. Termine unverändert und still. Roggenmehl wenig verändert. Mais in effektiver Waare wenig belebt. Von Terminen stellte sich nahe Lieferung billiger, während spätere sich behauptete.

Rüböl unverändert. Herbst mehr angeboten. Petroleum preishaltend. Spiritus, in effektiver Waare reichlich zugeführt, mußte etwas billiger notirt werden. Termine bei lustlosem Handel durchgängig etwas niedriger.

Weizen per 1000 Kilo loko 205—235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter Polnischer — M. ab Bahn, per Mai 228—227½ Mark bezahlt, per Mai-Juni 218½—219 M. bez., per Juni-Juli 213 M. bez., per Juli-August 206 M. bez., per September-Oktober 203½—203—203¼ M. bez. — Gekündigt 7000 Ztr. Regulirungspreis 227½ Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 142 bis 162 M. nach Qualität gefordert, inländ 153—158 M. ab Bahn bezahlt, hochfeiner do. — M. a. Bahn bez., def. polnischer — Mark ab Bahn bezahlt, def. russischer — Mark ab B. bezahlt, russischer polnischer und galizischer 142—145 Mark ab Bahn bezahlt, per Mai 150¾—150—150¼ M. bezahlt, per Mai-Juni 147½—147 M. bez. per Juni-Juli 145½—145 M. bez., per Juli-August 145—144 M. bezahlt, per Septbr.-Oktober 144¾—144 M. bez. — Gekündigt 13,000 Ztr. Regulirungspreis 150½ M. — Gerste per 1000 Kilo loko 125—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 125 bis 170 Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 126 bis 147 bezahlt, ost- und westpreußischer 138 bis 147 bezahlt, pommerscher und Uckermärker 130 bis 145 bezahlt, schlesischer 145 bis 156 bezahlt, f. do. 157—161 bezahlt, böhmischer 145—156 bezahlt, f. do. 157—161 M. bezahlt, fein weiß mecklenburgischer — ab Bahn bezahlt, per Mai 135—135½—135¼ bezahlt, per Mai-Juni 135—135½—135¼ M. bez., per Juni-Juli 135—135½—135¼ M. bez., per Juli-August 135½ M. bezahlt. — Gekündigt 5000 Zentner. Regulirungspreis 135½ Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 158 bis 200 Mark. Futterwaare 140 bis 156 Mark. — Mais per 1000 Kilo loko 146—156 M. nach Qualität gefordert, per Mai 143½—3 M. bezahlt, per Mai-Juni 143½—3 Mark bezahlt, per Juni-Juli 142½ Mark bez., per September-Oktober 139¾ M. bezahlt. Gekündigt 12,000 Zentner. Regulirungspreis 143 Mark. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 31,50 bis 30,00 Mark, 0: 29,00 bis 28,00 M., 0/1 28,00 bis 27,00 Mark. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 23,25—22,25 M., 0/1: 21,75—20,75 M., per Mai 21,45—21,40 M. bezahlt, per Mai-Juni 21,00—20,95 M. bezahlt, per Juni-Juli 20,75—20,70 Mark bez., per Juli-August 20,50—20,45 M. bezahlt, per Aug.-Sept. — M. bez., per Septbr.-Oktober 20,30—20,20 M. bez. — Gek. 500 Ztr. Regulirungspreis 21,45 M. Oelsaat per 1000 Kilo —, Winterraps — M., Winterrübsen — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 55,5 M. bez., loko mit Faß 55,8 M. bez., per Mai 56,1—56,0 M. bez., per Mai-Juni 55,9 bez., per Juni-Juli 55,5 M. Gd., per Juli August — Mark bez., Sept.-Oktober 55,1—55,0 M. bez., per Oktober-November 55,1 Mark bez. Gekündigt 100 Ztr. Regulirungspreis 56 Mark. — Leinöl per 100 Kilo loko — Mark. — Petroleum per 100 Kilo loko 24,0 Mark, per Mai 23,2 M. bezahlt, per Mai-Juni —,— bezahlt, per Juni-Juli —,— bez., per September-Oktober 23,7 bis — bez. Gek. — Zent. — Regulirungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 45,7—45,6 M. bez., mit Faß — M. bez., per Mai 46,9—46,7—46,8 M. bez., per Mai-Juni 46,9—46,7—46,8 M. bezahlt, per Juni-Juli 47,2—47,0 M. bezahlt, per Juli-August 48,1—48,0 M. bez., August-Septbr. 48,5—48,4 bez., September-Oktober 48,5—48,4 bez., September — bez. — Gekündigt 180,000 Liter. Regulirungspreis 46,9 Mark. (B. B.-Z.)

Bromberg, 13. Mai. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen unveränd., hochbunt und glasig 215—222 M., hellbunt 200—212 Mark. — Roggen geschäftslos, loko inländischer 148 bis 150 Mark. — Gerste, feine Brauwaare 145—155, große und kleine Müllergerste 130—142 Mark. — Hafer loko 135—150 M. — Erbsen Kochwaare 160—180 Mk., Futterwaare 140—150 M. — Mais, Rübsen, Raps ohne Handel. — Spiritus pro 100 Liter à 100 Prozent 42,75—43,25 M. — Rubelcours 205,50 Mark.

Berlin, 13. Mai. Die Börse zeigte auch heute eine recht freundliche Physiognomie, so daß die Kurse der augenblicklich vorzugsweise berücksichtigten Effekten wiederum neue Aufbesserungen zu erzielen vermochten. Namentlich war dies bei Eröffnung des Geschäftes der Fall, die Hausse in den verschiedenen inländischen Eisenbahnaktien nahm weiteren Fortgang und richtete die Spekulation ihre ganze Aufmerksamkeit auf dies Gebiet, während auf allen anderen Theilen des Marktes Geschäftsunlust und fast Stagnation lastete. Neue Momente zur Erklärung der augenblicklichen Lage waren nicht geboten. Die internationalen Spekulationspapiere blieben fast ganz vernachlässigt und mußten auf Grund der niedrigeren Notirungen, die von der wiener Börse eintrafen, in den Kursen etwas nachgaben. Auch für österreichische Bahnaktien zeigte sich nur sehr wenig Kauflust, obschon diese Werthe sich gut auf ihrem bisherigen Kursstande behaupten konnten. Auf dem Markte für einheimische Eisenbahnaktien standen wiederum Marienburger und Ostpreußen im Vordergrunde, beide setzten mit höheren Kursen ein, ließen dann aber eine Kleinigkeit nach. Von anderen Devisen dieser Gattung sind noch besonders Mainzer, Freiburger und Oberschlesische zu erwähnen. Für Stammprioritäts-Aktien kam eine sehr günstige Meinung zum Ausdruck, die auch in mannichfachen Kurserhöhungen ziffernmäßigen Ausdruck fand. Bankaktien und Industriepapiere blieben still, trugen aber doch einen recht festen Charakter, dagegen waren die leitenden Montanwerthe im allgemeinen etwas schwächer. Ebenso fand in den auswärtigen Staatsanleihen nur ein sehr geringfügiges Geschäft statt und gingen in Folge dessen die Notirungen etwas zurück. Von eigentlichen Anlagepapieren zeichneten sich nur die 4prozentigen Prioritäten der verstaatlichten Eisenbahnen, so wie 4prozentige Mainzer durch gute Nachfrage aus. — Per ultimo notiren: Franzosen 574—573,50—574,50, Lombarden 254—254,50 bis 254 und Brf., Kreditaktien 591—590—590,50, Wiener Bankverein 204 Brief, Darmstädter Bank 165,25—165, Diskonto-Kommandit-Antheile 215,60—215,25—215,40, Deutsche Bank 157,30—156,75, Dortmunder Union 92,90—92,50, Laurahütte 114,40—113,90. — Der Schluß war fest. — Privatdiskont — pCt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 13 Mai 1882.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Konf. Anl.	4½	104,75 B
do. neue 1876	4	101,80 G
Staats-Anleihe	4	101,00 bz
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,70 bz
do. do.	3½	95,75 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	108,25 bz
do.	4½	104,80 bz
Landsch. Central	4	101,00 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	95,75 bz
do. neue	3½	91,75 bz
do.	4	101,40 bz
do. neue	4½	
K. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	91,40 bzG
do.	4	100,60 B
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	91,25 G
do.	4	100,80 G
do. I. B.	4	100,75 B
do. II. Serie	4½	103,60 G
Neuldsch. II. Serie	4	100,60 bz
do. do.	4½	103,60 G
Posensche, neue	4	100,50 G
Sächsische	4	
Pommersche	3½	91,25 G
do.	4	100,90 B
do.	4½	102,25 G
Schlesische altl.	3½	
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,60 G
Pommersche	4	100,60 G
Posensche	4	100,50 G
Preußische	4	100,60 G
Rhein- u. Westfäl.	4	100,90 B
Sächsische	4	100,70 G
Schlesische	4	100,70 G
20-Frankstücke		16,23 bz
do. 500 Gr.		
Dollars		4,25 bz
Imperials		16,67 G
do. 500 Gr.		13,96.50 G
Engl. Banknoten		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,10 G
Oesterr. Banknot.		170,55 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl.		207,00 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	101,80 bz
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	143,40 bz
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	310,50 B
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	132,50 bz
do. 35 fl. Oblig.	—	211,10 G
Bair. Präm.-Anl.	4	134,00 G
Braunsch. 20 thl.-L.	—	99,00 bz
Brem. Anl. v. 1874	4	101,10 G
Köln-Md-Pr.-Anl.	3½	128,75 B
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	125,25 B
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	120,75 bz
do. II Abth.	5	117,75 bz
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	187,60 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	183,00 B
Mecklb. Eisenbbanl.	3½	94,40 bzB
Meininger Loose	—	27,40 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	117,50 bzG
Oldenburger Loose	3	149,00 G
D.-G.-C.-B.-Pf. 110	5	108,80 G
do. do.	4	96,10 bzG
Dtsch. Hypoth. unk.	5	104,80 G
do. do.	4½	102,30 bz
Rhein. Hyp.-Pf.	4½	100,75 G
Krdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,10 G
...n Hyp.-Pfdbr.		

Pomm. H.-B. I. 120	5	105,25 B
do. II. IV. 110	5	102,10 G
Pomm. III. rz. 100	5	99,50 bz
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.		
do. do. 110	5	113,50 G
do. do. 110	4½	108,00 bz
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	104,70 B
do. do. rückz. 100	4½	104,00 bz
do (1872 u. 74)	4	99,30 G
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	103,00 G
do. II. rckz. 100	5	100,00 G
Schles. Bod.-Cred.	5	102,25 G
do. do.	4½	106,40 G
Stettiner Nat.-Hyp.	5	101,00 G
do. do.	4½	102,75 bzG
Krupp'sche Obligat.	5	110,70 G

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	127,70 G
Oesterr. Goldrente	4	80,90 bz
do. Pap.-Rente	4½	65,20 bz
do. Silber-Rente	4½	65,90 bzB
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	333,50 G
do. Lott.-A. v. 1860	5	123,80 G
do. do. v. 1864	—	336,75 bz
Ungar. Goldrente	6	102,30 bz
do. St.-Eisb.-Akt.	5	95,50 bzB
do. Loose	—	231,00 bzG
Italienische Rente	5	89,60 bz
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	49,60 bzG
Russ. Centr.-Bod.	5	73,60 G
do. Boden-Credit	5	81,90 G
do Engl. A. 1822	5	84,50 bzG
do. do. A. v. 1862	5	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. consl. A. 1871	5	85,90 bz
do. do. 1872	5	86,00 bz
do. do. 1875	4½	76,75 bzG
do. do. 1877	5	88,70 bz
do. do. 1880	4	71,10 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	140,20 G
do. do. v. 1866	5	136,00 G
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	81,60 G
do. Pol. Sch.-Obl.	4	81,90 bz
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	63,60 bz
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	54,70 bz
Türk. Anl. v. 1865	—	13,50 G
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course

Amsterd. 100 fl. 8 T.	169,50 bz
do. 100 fl. 2 M.	168,30 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,44.5 bz
do. do. 3 M.	20,30 5 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	81,15 bzB
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	81,00 bz
do. do. 100 F. 2 M.	80,50 bz
Wien öst. Währ. 8 T.	170,45 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	169,50 bz
Petersb. 100 R. 8 W.	206,00 bz
do. 100 R. 3 M.	204,70 bz
Warschau 100 R 8 T.	206 55 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 5, Bremen —, Brüssel 4½, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 3½, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	116,00 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf.	4	39,90 bz
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	85,00 bzG
Berl. Handels-Ges.	4	112 50 bzG
do. Kassen-Verein.	4	199,25 G
Breslauer Disk.-Bk.	4	90,90 bzG
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	85,50 G
Cöln. Wechslerbank	4	95,75 bz
Danziger Privatb.	4	110,10 G
Darmstädter Bank	4	164,25 bz
do. Zettelbank	4	109,00 bzB
Dessauer Creditb.	4	100,25 G
do. Landesbank	4	119,00 bzG
Deutsche Bank	4	156,70 bzG
do. Genossensch.	4	129,25 B
do. Hyp.-Bank.	4	87,75 G
do. Reichsbank.	4½	149,20 bzG
Disconto-Comm.	4	215,10 bz
Geraer Bank	4	97,40 B
do. Handelsb.	4	91,00 G
Gothaer Privatbk.	4	121,00 G
do. Grundkredb.	4	88,25 G
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	94,00 G
Leipziger Creditb.	4	158,25 bzG
do. Discontob.	4	113,10 G
Magdeb. Privatb.	4	117,00 bz
Mecklb. Bodencred.	4	
do. Hypoth.-B.	fr.	93,10 bz
Meining. Creditbk.	4	93,50 bzG
do. Hypothekenbk.	4	91,40 bzG
Niederlausitzer Bank	4	94,50 bz
Norddeutsche Bank	4	171,10 G
Nordd. Grundkredit	4	49,75 bzG
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	94,00 G
Posen. Landwirthsch	4	75,75 G
Posener Prov.-Bank	.	117,00 bz
Posener Spritaktien	4	70,00 bzG
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	111,80 bz
do. Centralbdn.	4	123,75 G
do. Hyp.-Spielh.	4	81,00 bz
Produkt.-Handelsbk	4	76,00 B
Sächsische Bank	4	122,10 bzG
Schaaffhaus. Bankv.	4	86,20 bzG
Schles. Bankverein	4	109,25 B
Südd. Bodenkredit	4	131,10 G

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	206,75 bzG
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Bauges.	4	59,50 G
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	58,50 G
Dortmunder Union	4	12,30 bzG
Egells Masch.-Akt.	4	6,00 bzG
Erdmannsd. Spinn.	4	
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	86,00 bzG
Gelsenkirch.-Bergw.	4	123,25 bzG
Georg-Marienhütte	4	89,00 B
Hibernia u. Shamr.	4	82,25 bzG
Immobilien (Berl.)	4	83,00 B
Kramsta, Leinen-F.	4	94,70 G
Lauchhammer	4	26,75 G
Laurahütte	4	113,75 B
Luise Tiefb.-Bergw.	4	33,00 bzG
Magdeburg. Bergw.	4	109,00 G
Marienhüt. Bergw.	4	44,00 B
Menden u. Schw. B.	4	60,25 G
Oberschl. Eis.-Bed.		46,90 bzG
Oelheim. Petrol.-A.	4	92,00 bzG
Phönix B.-A. Lit. A	4	82,00 G
Phönix B.-A. Lit. B.	4	
Redenhütte consl.	4	96,50 bzG
Rhein.-Nass. Bergw.	4	67,50 bz
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	22,00 bz
Unter den Linden	4	
Wöhlert Maschinen	4	13,10 bzG

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	53,00 bzG
Altona-Kiel	4	218,50 bzG
Bergisch-Märkische	4	125,80 G
Berlin-Anhalt	4	151,70 bzG
Berlin-Dresden	4	16,90 bz
Berlin-Görlitz	4	36,00 bzG
Berlin-Hamburg	4	363,40 bz
Bresl.-Schw.-Frbg.	4	104,90 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	20,00 bzB
Märkisch-Posener	4	37,75 B
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	29,50 bzB
Oberschl. Lit. A. u. C.	3½	249,25 bz
do. Lit. B.	3½	189,90 bz
Ostpreuß. Südbahn	4	79,60 bzG
Rechte Oderuferb.	4	180,25 bz
Rhein-Nahebahn	4	18,70 bzG
Stargard-Posen	4½	102 90 bz
Thüringische	4	214,70 G
do. Lit. B. v. St. gar.	4	101,50 G
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	113,90 G
Ludwigsh.-Berbach	4	205,50 bzG
Mainz-Ludwigsh.	4	104,20 bz
Weimar-Geraer	4½	49 90 G

Albrechtsbahn	5	36,40 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	147,00 bzG
Aussig-Teplitz	4	262,00 G
Böhm. Westbahn	5	132,50 bzG
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	144 50 bz
Elisabeth-Westbahn	5	90,25 G
Kais. Franz Joseph	5	83,40 G
Gal. (Karl Ludwig.)	5	134 20 bzB
Gotthard-Bahn 90%	6	77,60 bzG
Kaschau-Oderberg	4	63,75 bzG
Lüttich-Limburg	4	12,30 B
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	356,00 bz
do. Litt. B. Elb.	4	
Reichenb.-Pardubitz	4½	65,50 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	71,10 bz
Rjask-Wjask	5	
Rumänier	3½	58,60 G
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	131,60 bz
do. Südwestbahn	5	61,25 bz
Schweizer Unionb.	4	48,90 bzG
Schweizer Westbahn	4	33,50 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	143,50 bzG
Warschau-Wien	4	220,25 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Berlin-Dresden	5	43,20 bzG
Berlin-Görlitzer	5	100,40 bzB
Halle-Sorau-Gub.	5	80,10 bzG
Märkisch-Posen	5	120,40 bzG
Marienb.-Mlawka	5	112,50 bzG
Münster-Enschede	5	124,00 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	99,25 bzB
Oberlausitzer	5	56,25 bz
Oels-Gnesen	5	57,25 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	106,00 bzG
Posen-Creuzburg	5	77,50 bzG
Rechte Oderuf.-Bahn	5	178 25 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn	5	76,50 bzG
Saal-Unstrutbahn	5	
Tilsit-Insterburg	5	84,25 bzG
Weimar-Geraer	5	42,00 bzG

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	118,30 bz
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	89,10 G
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	89,25 bzG
do. B. unabg.	3½	89,10 bzB
do. C. do. abg.	5	127.20 bzG

Münster-Hamm	4	
Niederschl.-Märk.	4	100,60 bz
Rhein. St.-A. abg.	6½	163 30 G
do. neue 4proc.	5	162,30 bz
do. Lit. B. gar	4	100,90 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4	
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	103,00 G
do. II.	4½	103,00 G
do. III. v. St. g.	3½	93,50 G
do. do. Litt. B.	3½	93,50 G
do. do. Litt. C.	3½	93,50 B
do. IV.	4½	103,00 bzG
do. V.	4½	103,00 bzG
do. VI.	4½	104,40 B
do. VII.	4½	103,20 B
Aachen-Düsseld. I.	4	100,25 G
do. do. II.	4	100,25 G
do. do. III.	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	100,25 bzG
do. do. II.	4½	102,50 G
do. Dortm.-Soest	4	160,25 bzG
do. do. II.	4½	102,50 G
do. Nordb. Fr. W.	4½	103,80 G
do. Ruhr.-K.-G. I.	4½	102,50 G
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4	102,50 G
Berlin-Anhalt A.	4	103,00 B
do. B.	4½	103,00 B
do. Litt. C.	4½	108,00 bzG
Berlin-Görlitz	4½	
do. do. Litt. B.	4½	
Berlin-Hamburg I.	4	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	103,90 bzB
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	100,50 G
do. do. C.	4	100,50 G
do. do. D.	4½	103,75 G
do. do. E.	4½	103,75 G
Berlin-Stettin I.	4	
do. do. II.	4	100,70 bzG
do. do. III.	4	100,70 bzG
do. IV. v. St. g.	4	100,70 bzB
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H.	4½	103,00 G
do. do. Litt. I.	4½	103,00 G
do. do. 1876	5	106,10 bz
Cöln-Minden IV.	4	100,70 bzG
do. do. V.	4	100,70 G
do. do. VI.	4½	104.25 bzG
Hall.-Sorau-Guben	4½	103,70 B
do. do. C.	4½	
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	103,50 B
Mainz-Ludwigsh.	4½	103,00 G
do. do.	5	105,80 G
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	103,00 B
do. do. de 1873	4½	103 00 B
do. Leipz. A.	4½	105,40 bz
do. do. B.	4	100,70 bzG
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	84,75 B
Niederschl.-Märk. I.	4	100,50 G
do. II. a 62½ thlr.	4	100 50 bzG
do. Obl. I. u. II.	4	100,50 G
do. do. III conv.	4	
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	
do. E.	3½	93,75 G
do. F.	4½	103,80 G
do. G.	4½	103,80 G
do. H.	4½	103,90 bz

Oberschles. v. 1873	4	
do. v. 1874	4½	103,80 G
Brieg-Neiss	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	100,00 G
do. do. II.	4½	102,80 G
do. do. III.	4½	102,80 G
Oels-Gnesen	4½	102,90 bz
Ostpreuß. Südbahn	4½	102,75 G
do. Litt. B.	4½	102,75 G
do. Litt. C	4½	102,75 G
Posen-Creuzburg	5	105,00 B
Rechte-Oder-Ufer	4½	
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	103,00 G
do. v. 1862, 64	4½	103,00 G
do. v. 1865	4½	103.00 G
do. 1869, 71, 73	4½	103,10 bz
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	103,80 bz
do. II. do.	4½	103,80 bz
Schleswiger	4½	102,90 B
Thüringer I.	4	100,70 G
do. II.	4½	
do. III.	4	100,70 G
do. IV.	4½	
do. V.	4½	
do. VI.	4½	

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	86,80 G
Gal. Karl-Ludwigb.	4½	85,60 bzB
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
do. do. IV.	5	
Lemberg-Czernow. I.	5	80,10 G
do. II.	5	85 50 bzG
do. III.	5	82,30 bzG
do. IV.	5	81,25 bzG
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	55.80 bzG
Oesterr.-Frz.-Staatsb.	3	383,50 G
do. Ergänzgb.	3	361,75 bzG
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	105,70 B
do. II. Em.	5	105,70 B
Oesterr. Nordwest.	5	88,20 bzG
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	87,25 bzG
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	82 90 bzG
Kronpr. Rud.-Bahn	5	85,50 G
do. do. 1869	5	85,10 bzG
do. do. 1872	5	85,10 bzG
Rab-Graz Pr.-A.	4	94 00 B
Reichenb.-Pardubitz	5	
Südösterr. (Lomb.)	3	285,50 G
do. do. neue	3	287,00 bz
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	100,50 bz
Brest-Grajewo	5	85,50 bz
Charkow-Asow g.	5	92,50 bz
do. in Lstr. a 20	5	85,40 bzG
Chark.-Krementsch.	5	91,40 bz
Jelez-Orel, gar.	5	91,25 G
Koslow-Woron. gar	5	94,75 bz
Koslow-Woron. Ob.	5	82 25 bzB
Kursk-Chark. gar.	5	91,60 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	81,75 G
Kursk-Kiew, gar.	5	98,40 bzG
Losowo-Sewast.	5	79,00 bzB
Mosko-Rjäsan, g.	5	100,90 bzG
Mosk.-Smolensk, g.	5	93 30 G
Schuja-Iwanow.	5	91,75 G
Warsch.-Teresp., g.	5	92,80 bzG
do. kleine, g.	5	92,80 G
Warschau-Wien II.	5	
do. III.	5	102,20 G
do. IV.	5	102,20 G
Zarskoe-Selo	5	60,00 bzG

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.